11 / 2013 www.SBL2013.de 12.04.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Osterpause ist vorbei und wir warten gespannt auf unseren Bundesparteitag am Sonntag in Augsburg, auf dem unser Regierungsprogramm beraten, diskutiert und beschlossen wird. Mit unserem Regierungsprogramm versprechen wir nicht das Blaue vom Himmel, sondern stellen zentral die „Soziale Gerechtigkeit“ in den Focus. Diese wieder herzustellen, darauf laufen alle Vorschläge und Maßnahmen hinaus. Weder inhaltlich noch finanziell verzetteln wir uns, denn auch die Finanzierung der Maßnahmen ist gesichert. Wir können also zuversichtlich und optimistisch mit unserem Programm „auf die Straße gehen“ und es verbreiten. Denn genau darauf kommt es an: WIR alle sind gefragt, die Menschen von unserer Politik und unseren Positionen zu überzeugen und dafür zu werben. Ob bei Infoständen, Hausbesuchen, am Stammtisch oder beim Plausch am Gartenzaun. Lasst uns jede Gelegenheit dazu nutzen. Nun heißt es die nächsten knapp 160 Tage kämpfen, kämpfen, kämpfen. Wir können es schaffen und die Champions-League hat gezeigt, es bleibt spannend bis zur letzten Minute…Herzlichst, *eure Sabine*

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Bundesparteitag – Das WIR entscheidet

Wir schlagen in der Geschichte unserer Programmarbeit ein neues Kapitel auf. Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag in Augsburg verabschieden wir ein Regierungsprogramm neuen Typs: Die Delegierten beraten am Sonntag die Bürgerprojekte, die auf dem Bürger-Konvent im März erarbeitet und vorgestellt wurden.
„Das WIR entscheidet“ lautet unser Wahlkampf-Motto. „WIR“ heißt auch, gemeinsam Politik zu machen: die SPD weiter zu öffnen für die Beteiligung von interessierten Menschen. Mit dem erfolgreichen Bürger-Dialog haben wir neue Standards gesetzt. Viele Frauen und Männer aus ganz Deutschland haben mitgearbeitet an unserem Regierungsprogramm. Der SPD-Bürger-Dialog ist das größte Projekt zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in unserer Geschichte! Auf bundesweit mehr als 350 Veranstaltungen haben wir Menschen gefragt: „Was muss in Deutschland besser werden?“ Die Parteispitze war dafür ebenso in Deutschland unterwegs wie auch Bundestags- und Landtagsabgeordnete und Politikerinnen und Politiker aus den Kommunen und die Partei vor Ort. Sie besuchten Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen, Fabriken, Jugendheime und machten Hausbesuche. Wichtig dabei war: Es gab keine Ansprachen, keine Belehrungen, sondern das Ziel war es, zuzuhören und zu erfahren, was besser werden muss.
Zehntausende ausgefüllte Dialog-Karten haben den Parteivorstand seit September 2012 erreicht: Insgesamt über 40.000 Vorschläge, Anregungen, Ideen, Kritik zu den verschiedensten Politikbereichen – vom Schutz vor Altersarmut über die Gesundheitsversorgung, bessere Schulen und Hochschulen, faire Löhne, Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen bis zur schärferen Regulierung des Banken- und Finanzmarkts. Die interessantesten Anregungen wurden ausgewählt, die Absenderinnen und Absender eingeladen zum großen SPD-Bürger-Konvent. Über 300 Frauen und Männer hatten Anfang März im Berliner Estrel-Hotel mit dem Parteivorstand diskutiert. Gemeinsam haben die Bürgerinnen und Bürger aus ihren Ideen konkrete Projekte und Vorschläge erarbeitet, und damit unmittelbar an unserem Regierungsprogramm mitgeschrieben. Die Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerkonvents hatte alle Erwartungen übertroffen. Wir können stolz auf ein Regierungsprogramm neuen Typs blicken: transparent und im intensiven Dialog entstanden – mit “klassisch” erarbeiteten Programmpunkten und den Projekten der Bürgerinnen und Bürger. Die erarbeiteten elf Vorschläge werden in den einzelnen Themenbereichen des Vollprogramms herausgehoben präsentiert.
Beide Teile wollen wir in der Regierung umsetzen, beides sind gleichwertige Teile unseres Regierungsprogramms.

Familie

Klatsche für schwarz-gelbe Familienpolitik

Der aktuelle Bericht von Forsa ist eine Klatsche für die schwarz-gelbe Familienpolitik. Er zeigt, dass sich eine große Mehrheit der Familien eine bessere Förderung von Kindern und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschen. Fast 90 Prozent der Befragten hat sich für ein stärkeres Engagement der Bundesregierung zur Unterstützung benachteiligter Familien ausgesprochen. Weit über zwei Drittel haben den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag und ein einkommensabhängiges Elterngeld befürwortet. Den Dreiklang Zeit, Geld und Infrastruktur halten die meisten Familien für richtig. Wir wollen die Infrastruktur für Kinder in Kitas, Horten und Schulen konsequent weiter ausbauen und Familien mit geringem Einkommen mit dem neuen einkommensabhängigen Kindergeld mehr als bisher unterstützen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wollen wir uns für familienfreundlichere Arbeitsplätze und einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung einsetzen.

Verbraucherschutz

Fleischskandal - jetzt hat Aigner keine Ausrede mehr

Ein Sieg für Rot-Grün: Die Behörden dürfen die Namen von Gammelfleischhändlern nennen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat jetzt die diesbezügliche Regelung aus rot-grüner Regierungszeit bestätigt.

Jetzt muss Ministerin Aigner liefern: Die Forderungen der SPD nach dem Ausbau der Verbraucherinformation und einer Pflicht zur Namensnennung auch bei Betrügern und Fleischpanschern hatte Aigner unter Hinweis auf das noch ausstehende EuGH-Urteil abgelehnt. Jetzt ist der Weg frei für eine grundlegende Reform des Paragraphen 40 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches.
Ministerin Aigner muss den porösen Reifen jetzt endlich auswechseln, anstatt weiter daran herum zu flicken.

Aber auch die Unternehmen und ihre Verbandsvertreter sind gefordert: Statt weiter zu versuchen, Verbraucher-informationsrechte durch Hinweise auf angebliche europarechtliche und verfassungsrechtliche Hürden zu bekämpfen, muss auch die Lebensmittelwirtschaft einsehen, dass Transparenz und Verbraucherinformation in der sozialen Marktwirtschaft zusammen gehören.

Transparenz hilft redlichen Unternehmen, sich und die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Betrügern und Panschern zu schützen. Transparenz ist Voraussetzung für das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland können es nicht nachvollziehen, warum Behörden die Namen von Fleischpanschern und Schmuddelbetrieben nicht automatisch nennen. Hierfür treten wir ein.

Das EuGH-Urteil macht deutlich: Bei Verbraucherinformation geht es um mehr als die Warnung vor Gesundheitsgefahren. Das Urteil stärkt deshalb auch denen den Rücken, die für mehr Transparenz und Verbraucherinformation kämpfen und Luft in die Amtsstuben lassen wollen.

Darüber hinaus erinnert das EuGH-Urteil noch an etwas anderes: Der Skandal um die „Wildfleisch-Berger GmbH“ wurde von einem Lastwagenfahrer aufgedeckt, der anschließend seine Arbeit verlor. Der damalige Verbraucherminister Horst Seehofer hängte ihm zwar eine Medaille des Verbraucherministeriums um, den überfälligen Schutz von Hinweisgebern verweigert Schwarz-Gelb diesen mutigen Bürgerinnen und Bürgern jedoch bis heute. Unser Vorschlag für ein Hinweisgeberschutzgesetz liegt auf dem Tisch.

Gesundheit

Bahrs Vorstoß hilft säumigen Beitragszahler nicht

Bahrs Pläne für säumige Beitragszahler lösen das grundlegende Problem nicht, dass immer mehr Menschen ihre Krankenversicherung nicht mehr bezahlen können. Der sogenannte Notlagentarif, der für privat Versicherte eingeführt werden soll, ist ein Schonprogramm für die PKV. Es ist völlig unklar, ob beispielsweise chronisch Kranke damit weiterhin gut versorgt sind. Auch bleiben mit Bahrs Plänen die Schulden für die säumigen Versicherten bestehen. Insbesondere in der privaten Krankenversicherung steigen die Beiträge oftmals im Alter stark an. Nur die Bürgerversicherung kann die aktuellen Probleme in der Krankenversicherung lösen. Auch für gering verdienende Selbstständige, die heute oftmals ihre Tarife nicht mehr zahlen können, wird der Bürgerbeitrag erschwinglich sein. Statt die Probleme an der Wurzel zu packen, betreibt Bahr mit seinem Vorhaben Flickschusterei.

Finanzen

Schäuble ist Ausfall im Kampf gegen Steuerflucht

Schäuble geriert sich als Vorreiter und Treiber im Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung. In Wirklichkeit war er stets Bremser und ist nun Getriebener der Ereignisse. Bei den Verhandlungen über das deutsch-schweizerische Steuerabkommen war der Finanzminister noch um die Festschreibung der Anonymität bemüht und nun versucht er den Eindruck zu erwecken, er würde an der Spitze der Bewegung gegen das Bankgeheimnis stehen. Zum Ende seiner Amtszeit bewegt sich Minister Schäuble endlich. Er hat Angst, mit seiner bisherigen Haltung vor dem Wähler nicht bestehen zu können.
Peer Steinbrück hat sich während seiner Amtszeit offensiv gegen Steuerflucht eingesetzt und das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, Schäuble hingegen hat seine schützende Hand über das schweizerische Bankgeheimnis gehalten. Die Verlautbarungen aus Luxemburg und Österreich, das Bankgeheimnis zumindest zu lockern, sind begrüßenswert und ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Finanzminister versucht sich diesen Erfolg auf die Fahne zu schreiben. Damit schmückt er sich aber mit fremden Federn. Denn vor allem die Einführung einer europäischen Bankenaufsicht, der Druck aus den USA und die öffentliche Debatte nach der Veröffentlichung der „Offshore-Leaks“ haben zu dieser Entwicklung geführt.
Im ganzen Ankündigungs- und Interviewgetöse des Bundesfinanzministers geht eine zentrale Tatsache unter: Schäuble lehnt nach wie vor die möglichen nationalen Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung strikt ab – in bestem Einverständnis übrigens mit der Klientelpartei FDP. Schäuble muss zum Beispiel den von ihm zu Beginn der Legislaturperiode durchgesetzten Abbau der Zinsschranke in der Unternehmensbesteuerung wieder rückgängig machen. Er darf auch nicht die eigentlich bereits zwischen Bund und Ländern einvernehmlich vereinbarte Schließung von Steuerschlupflöchern in der Erbschafts- und in der Grunderwerbsteuer („Cash-GmbHs“ und „RETT-Blocker-Strukturen“) blockieren. Auch das Außensteuer-recht bietet noch Möglichkeiten gegen grenzüberschreiten-de Steuervermeidung, die bisher vom Minister Schäuble nicht angegangen werden. Solange Schäuble hier nicht aktiv wird, fehlt ihm die Glaubwürdigkeit als Kämpfer gegen Steuerflucht und Steuervermeidung.

In eigener Sache

Merkt euch schon mal zwei Termine vor, an denen wir unsere Kampagne zur Bundestagswahl bei Musik und einem Imbiss vorstellen wollen:
2. Mai 2013, 19 Uhr Bürgerhaus Neuwied – Block oder
7. Mai 2013, 19 Uhr Kulturhaus Hamm/Sieg
Meldet euch bitte in meinen Wahlkreisbüros an.

Bonbon

„Ich bin außerordentlich geduldig – vorausgesetzt, ich bekomme am Ende, was ich will.“

(Magret Thatcher)

Termine

13.03.13	**19.30 Uhr**	**Musik trifft Theater, Daaden**
14.03.13	**ganztägig**	**Bundesparteitag, Augsburg**